

auf alle Zweige der Tiroler Wirtschaft ausgewirkt hat – was nicht überrascht, da als Tatsache bereits hinlänglich bekannt. Das Verdienst Rettenwanders ist es aber, diese Entwicklung detailliert nachzuvollziehen, um dann einen überzeugenden Überblick zu liefern. Durch vergleichende Hinweise auf die Entwicklung in anderen Alpenländern der österreichisch-ungarischen Monarchie wird die Besonderheit der Tiroler Situation deutlich.

Als vorwiegend agrarisches Land stand Tirol vor der Aufgabe, sowohl große Heereskontingente als auch die eigene Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Rettenwander zeigt, wie schwierig dies in einer traditionell auf Getreideimporte angewiesenen Gebirgsregion war. Zu den strukturellen Grenzen der Produktionssteigerung kamen bald neue Probleme hinzu: die Tierrequirierung des Militärs, Mangel an Saatgut und Düngemitteln, vor allem aber Mangel an Arbeitskräften. Letzteres wurde dann zur Hauptursache für die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit der militärischen Verwaltung. Die Tatsache, daß das Militär bereits 1914 keine Beurlaubung zur Erntezeit bewilligte, erschwerte nicht nur die Feldarbeit in jenem Jahr, sie erzeugte auch großes Mißtrauen bei den Bauern. Wie Rettenwander sorgfältig belegt, stiegen im Verlauf des Krieges die Spannungen zwischen der ländlichen Bevölkerung und dem Militär immer mehr. Da die Gesamtfläche des bebauten Ackerlandes, die Ernteerträge und der Viehbestand sanken, brachten die Bauern immer weniger Verständnis für die zentralistischen Maßnahmen der Militärverwaltung auf. Darüberhinaus fühlten sie sich besonders benachteiligt, als das Land zum Frontgebiet wurde: Die Forderung der Regierung, Tirol solle für die Ernährung der auf seinem Boden stationierten Truppen selbst aufkommen, bedeuteten laut Rettenwander eine „überdurchschnittliche“ Belastung der Bevölkerung verglichen mit anderen Kronländern wie der Steiermark, Salzburg oder Kärnten.

Rettenwander ist der Meinung, daß die enttäuschenden Ergebnisse der Aktion zur Zeichnung von Kriegsanleihen ein eindeutiger Beweis für die wachsende Mißstimmung unter der Bevölkerung sind. Gerade hier, im Zentrum des patriotischen Bemühens staatlicherseits, zeigte sich das gespannte Verhältnis zwischen den Vertretern des landwirtschaftlichen Sektors und der Zentralregierung: Sogar der Landeshauptmann und Bauernbundführer Josef Schraffl wurde verdächtigt, Sparkassen und Kreditinstitute von einer Unterstützung der Anleihenaktion abgeraten zu haben.

Neben den vielseitigen Spannungen zwischen Provinz und Zentrum einerseits, und zwischen der am Land lebenden Mehrheit der Bevölkerung und dem Militär andererseits, gab es auch andere Probleme und zwar im

Dienstleistungs- bzw. im industriellen und gewerblichen Sektor. Gewisse Branchen waren vom Krieg besonders betroffen, so das Textilgewerbe, wo die Produktion eingestellt wurde und der Tourismus, dem die Kunden wegblieben. Dagegen konnten andere Betriebe aus der Kriegswirtschaft durchaus Gewinn schlagen. Industrielle waren auch deshalb bereit mit dem Militär zu kooperieren, weil die „Aufwertung“ ihrer Fabrik zum „Kriegsleistungsbetrieb“ einen deutlichen Machtgewinn gegenüber den Arbeitern zur Folge hatte. In der Tat verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen in der Kriegswirtschaft zunehmend, wobei Frauen besonders benachteiligt waren. Trotz schärferen Protests von Seiten der Arbeiter lehnten die Fabriksbesitzer eine Entschärfung der strengen Disziplinierungsmaßnahmen in den Betrieben kategorisch ab. Als Beispiel kann hier die Haltung Friedrich Reitlingers, Besitzer der auf Munitionsproduktion umgestellten Jenbacher Berg- und Hüttenwerke, gelten, der zum Wortführer der Tiroler Arbeitgebervertreter auf der vom Staat errichteten „Beschwerdekommission“ ernannt wurde. Reitlinger und seine Kollegen sahen in den häufiger auftretenden Unruhen unter der Arbeiterschaft eine Gefährdung der Produktion, und hofften, die Heeresverwaltung überzeugen zu können.

Auch wenn die Arbeitsbedingungen sich kaum verbesserten (es fehlte an Personal, das Kontrollen hätte durchführen können), waren die Bemühungen der Arbeiter um Lohnerhöhung erfolgreich. Bei steigender Inflation und Lebensmittelmangel fürchtete die Wiener Regierung, daß in Österreich – ähnlich wie in Rußland – eine Revolution ausbrechen könnte. Folglich stellte sich die Statthalterei in Tirol eher auf die Seite der Arbeiter als der Arbeitgeber und versuchte, deutliche Lohnerhöhungen zu erwirken. Letztlich konnten aber solche Vermittlungsversuche und Hilfsaktionen im Bereich der sozialen Fürsorge jedoch nichts Wesentliches gegen die zunehmende Verarmung der städtischen Bevölkerung ausrichten. Als die Situation in den Städten immer elender wurde, stiegen auch die Spannungen zwischen der Stadtbevölkerung (den Konsumenten) und den Bauern (den Produzenten). Die schon existierende Trennlinien wurden ideologisch noch aufgeladen, indem die Arbeiter die Lösung der dringenden Ernährungsfrage an effizienterer Zentralisierung festmachten, während die Bauern eben auf Dezentralisierung und Entmilitarisierung der Verwaltung setzten.

Im politischen Feld entstand laut Rettenwander aus diesem Prozeß der gesellschaftlichen Radikalisierung heraus eine der wichtigsten Trennlinien der Ersten Republik. Im Krieg vollzog sich der entscheidende Wandel in der Tiroler Innenpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Durch die

ablehnende Haltung zum Kommunismus hatte das bürgerliche Lager immer mehr Gemeinsamkeiten zu seinen ehemaligen Kontrahenten, den Vertretern des politischen Katholizismus. Die mit dem Krieg einhergehende Radikalisierung sowohl des Deutschnationalismus als auch des Antisemitismus läßt sich in beiden politischen Lagern feststellen und bildete die entscheidende Weichenstellung in ihrem Annäherungsprozeß.

Mit dieser umfangreichen Studie hat Rettenwander zweifellos eines seiner Ziele erreicht: Die innenpolitische Situation und die wirtschaftliche Entwicklung in Tirol im Krieg werden kritisch und detailliert dargestellt. Er wartet mit einer beeindruckenden Fülle von Quellenmaterial auf und versucht, es mit einigem Erfolg in einem größeren interpretativen Kontext zu stellen (besonders interessant sind die Überlegungen zur Kriegswirtschaft als Modell einer neuen Wirtschaftsordnung). Wünschenswert wären aber weitere Vergleiche mit anderen Ländern der Habsburgermonarchie gewesen: Tirol mag „überdurchschnittlich“ belastet im Vergleich zur Steiermark gewesen sein, aber im Vergleich zu Galizien³, das auch zum Kriegsgebiet wurde?

Letztlich ist Rettenwanders Studie eher eine „Geschichte der Wirtschafts- und Sozialpolitik Tirols im Ersten Weltkrieg“ als eine echte „Gesellschaftsgeschichte“. Obwohl diese Arbeit stets sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft im Blickwinkel hat, werden die Themen nur aus der Perspektive der Obrigkeiten reflektiert: Das Sich-Verlassen auf administrative Quellen ergibt ein etwas einseitiges Bild, das die große Mehrzahl der Menschen zu stark in den Hintergrund drängt. So erfahren wir zum Beispiel, wie die zivile bzw. militärische Verwaltung „die drohenden Unruhen“ unter den Arbeitern wahrgenommen haben; es wird aber nicht erwähnt, was die Arbeiter wirklich gesagt oder getan haben. In der Auseinandersetzung mit der „Frauenfrage im Krieg“ verweist Rettenwander hauptsächlich auf Sekundärliteratur, ohne die spezifischen Erfahrungen der Frauen in Tirol genauer zu belegen. Dieses Problem zeigt sich noch auffallender im Fall Trentino/Italienisch-Tirol. Im Unterschied zu den Autoren, die das Trentino nur mit Bezug auf den „Irredentismus“ in Darstellungen der Tiroler Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts erwähnen, versucht Rettenwander sehr wohl, den italienischen Landesteil in seine Betrachtungen einzubeziehen. Trotzdem wird das Trentino als Anhängsel behandelt, wobei auch nicht auf jüngere Erscheinungen zur Geschichte des Trentino im Ersten Weltkrieg näher eingegangen wird.⁴

3 Siehe dazu Gianluigi FAIT (Hg.), *Sui campi di Galizia (1914–1917). Gli italiani d’Austria e il fronte occidentale: uomini, popoli, culture nella guerra europea*, Rovereto 1997.

Dies ist umso bedauerlicher, als gerade diese Arbeiten anderes Quellenmaterial (z.B. Tagebücher, Briefe, Chroniken usw.) auf faszinierende Weise für eine regionale Sozial- und Kulturgeschichte nutzen.⁵ Eigentlich hätten nationale Trennlinien im Rahmen einer Sozialgeschichte viel grundlegender thematisiert werden sollen, gerade auch im Hinblick auf Rettenwanders These der nationalen Radikalisierung. So führt zum Beispiel die Tatsache, daß sich der Verfasser kaum auf politische Kontroversen und Identitätsmuster der Vorkriegszeit bezieht, zu einer eindimensionalen Darstellung der Deutschtiroler Desillusionierung in bezug auf den Habsburgerstaat.

Kurz: Rettenwander bietet eine Sozialgeschichte „von oben“, die gesellschaftlichen Mentalitäten nicht den gebührenden Platz einräumt. Daß die Auswirkungen des Krieges auf einen zentralen Aspekt der Tiroler Gesellschaft, die Religiosität, nicht behandelt wird, dürfte aber wohl auch aus Gründen der Arbeitsteilung geschehen sein – Band 3 dieser Reihe soll „die Kirche“ thematisieren. Im Rahmen dieses begrenzten „gesellschaftsgeschichtlichen“ Blickes, hat der Autor eine durchaus verdienstvolle Arbeit vorgelegt.

Laurence Cole

- 4 Siehe u. a. Diego LEONI/Camillo ZADRA (Hg.), *La città di legno. Profughi trentini in Austria 1915–18*, Trento 1985; DIES. (Hg.), *La Grande Guerra. Esperienza, memoria, immagini*, Bologna 1986; Luciana PALLA, *Fra realtà e mito. La grande guerra nelle valli ladine*, Milano 1991; DIES., *Il Trentino Orientale e la Grande Guerra. Combattenti, internati, profughi di Val Sugana, Primiero e Tesino (1914–1920)*, Trento 1994.
- 5 Vgl. die Reihe „*Scritture della Guerra*“ herausgegeben vom „*Archivio della scrittura popolare*“ am Museo Storico in Trento.

Elisabeth Mantl, *Heirat als Privileg. Obrigkeitliche Heiratsbeschränkungen in Tirol und Vorarlberg 1820 bis 1920*

(Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 23) Wien/München: Verlag für Geschichte und Politik/R. Oldenbourg Verlag 1997, 260 Seiten.

Bislang nahezu unbemerkt von der traditionellen Tiroler Landesgeschichtsschreibung hat Elisabeth Mantl mit der hier zu besprechenden Monographie ihre 1995 mit dem Titel „Heirat und obrigkeitliche Heiratsbeschränkungen. Eine ländliche Gesellschaft im Übergang. Tirol und Vorarlberg 1820 bis 1920“ von der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld angenommene Dissertation in über-

arbeiteter Form vorgelegt. Die wissenschaftliche Arbeit war von Prof. Klaus Tenfelde (jetzt Bochum) betreut worden, bei dem Mantl in seiner Innsbrucker Zeit bereits 1990 eine einschlägige Diplomarbeit mit dem Titel „Heiratsverhalten und Fruchtbarkeit in der ländlichen Bevölkerung Tirols im 19. Jahrhundert“ bearbeitet hatte. Der Arbeit ging eine umfangreiche empirische Forschung voraus, die die Autorin in einem Exposé 1992 in dieser Zeitschrift umrissen hatte.¹

Die Besprechung der anzuzeigenden Arbeit bietet also nicht nur den Reiz, „eine methodeninnovative, brillant konzipierte und gut lesbare Studie“ (so Peter Exner in seiner Rezension des Bandes in der Historischen Zeitschrift 268/1999, S. 493–494) vorzustellen, sondern auch, die von Mantl vorgestellten Ansätze und Arbeitsschritte nochmals Revue passieren zu lassen.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war der Befund, daß Tirol mit seinem hohen Heiratsalter, geringer Heiratsfrequenz und hohen lebenslänglichen Ledigenanteilen im 19. Jahrhundert geradezu dem Prototyp des von John Hajnal so definierten „European Marriage Pattern“ entsprach. Demographisch ließen verzögerte und verhinderte Eheschließungen, geringe Unehelichkeitsquoten, hohe Migration und Mortalitätsziffern in Tirol im 19. Jahrhundert die Bevölkerung stagnieren, ganz im Gegensatz zu anderen alpinen Regionen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhren diese Strukturen, besonders in den peripheren Tiroler Regionen, eine tiefgreifende Veränderung.

Wesentliche Bestandteile dieser gesellschaftlichen, demographischen und sozioökonomischen Stabilität waren die Tiroler Ehegesetzgebung sowie die Ehekonsenspraxis für Unterschichtsheiraten, die in Tirol, im Gegensatz etwa zu den Lockerungen in anderen Regionen, bis ins 20. Jahrhundert hinein Anwendung fanden.

Mantl verwirft nun in ihrem Forschungsansatz eine rein homöostatische Bevölkerungsregulierung als Erklärungsmuster für das Heiratsverhalten der Tiroler Unterschichten. Dieses Konzept, hinter dem die Vorstellung eines sich selbst regulierenden demographischen Systems steht, erscheint ihr als zu statisch und zu sehr auf eine rein bäuerlich-zünftig organisierte, in sich geschlossene Gesellschaft angelegt.

Vielmehr will Mantl in ihrer Arbeit solche Theorien mit empirischen Befunden konfrontieren, um so generatives Verhalten im Rahmen ökonomischer

1 Elisabeth MANTL, Heiratsverhalten und „Familienpolitik“ in Tirol (1820–1920). Forschungsfeld zwischen Historischer Demographie und Sozialgeschichte. In: *Geschichte und Region/Storia e regione* 1 (1992), 2, S. 123–134.

mischer, sozialer, kultureller und herrschaftlicher Verhältnisse einer Region zu analysieren.

Quellenbasis für den empirischen Teil ihrer Arbeit sind deshalb Ehekonsens-Verhandlungsakten, die für den Zeitraum 1850 bis 1920 geschlossen vorliegen, und eine außerordentlich bemerkenswerte Überlieferung darstellen. Seit 1820 stand Ehemülligen, deren Heiratsgesuch von der Gemeinde abgewiesen wurde, bei den nächsthöheren Instanzen (Bezirkshauptmannschaft, Statthaltereil) eine Rekursmöglichkeit zu. Andererseits bestand auch für die Gemeindeobrigkeit eine solche Einspruchsmöglichkeit, wenn bezirksamtliche Ehebewilligungen ihren Interessen zuwiderliefen. Der definitiven Ehebewilligung durch die Höchstinanz gingen umfangreiche Erhebungen über die berufliche Situation, die Einkommens- bzw. Vermögenslage, das sittliche Verhalten und den Leumund der Ehemülligen voraus. Damit gibt dieses Quellenmaterial nicht nur Aufschluß über die Zahl ausgesprochener Ehebewilligungen sowie über den Vollzug kommunaler und regionaler Bevölkerungs- und Sozialpolitik, sondern liefert auch detailliert Auskunft über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse heiratswilliger Unterschichtenangehöriger über einen Zeitraum von 70 Jahren.

Konkret hat Mantl für ihre Untersuchung knapp 6.000 geschlossene, beabsichtigte oder verhinderte Eheschließungen statistisch erfaßt. Die Anträge an die erste Instanz stammen aus den drei Gemeinden Brixen und Kitzbühel (1850 bis 1920) sowie Hall in Tirol (1830 bis 1920), die dort nahezu geschlossen erhalten geblieben sind (rund 2.000 Anträge). Auch wenn diese Auswahl also von der Quellenlage beeinflusst war, sind diese Kommunen kleinstädtischen Charakters durchaus geeignet, die soziale und politische Bedeutung der Eheschließung als auch die Motivation und Zielsetzung obrigkeitlicher Heiratsbeschränkungen zu thematisieren (S. 30). Desweiteren hat die Autorin Berufsbeanträge an die Letztinstanz (Statthaltereil, Berufungen an die Bezirksbehörden sind durchwegs nicht überliefert) zugezogen, die für den Zeitraum von 1860 und 1869 vollständig im Tiroler Landesarchiv erhalten sind (1.692 Fälle). Ergänzt wurde die Datenbasis um weitere 2.500 Personen, die ab 1870 bis 1921 in Zehnjahresstichproben ermittelt wurden.

Ergänzend zu den kommunalen Konsensgesuchen hat Mantl für Kitzbühel und Hall auch 1.500 Heiratsfälle in pfarramtlichen Matriken ausgewertet (Brixen bot sich ob seiner zunehmenden Beliebtheit als Trauungs-ort von Heiraten Auswärtiger für diesen Quellenteil nicht an).

In ihrer Arbeit verknüpft Mantl fruchtbar dieses empirische Material mit normativen Quellen (Landesverordnungen und Landtagsdebatten zur